Ressort: Politik

Tillich ruft zu Mut und Risikobereitschaft bei neuerlichem NPD-Verbotsantrag auf

Berlin, 14.12.2012, 07:00 Uhr

GDN - Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat von allen Beteiligten den Mut zu einem neuerlichen NPD-Verbotsverfahren trotz gegebenen Risikos verlangt. Gegenüber der "Leipziger Volkszeitung" sagte der Regierungschef: "Die NPD hat mit ihrer Menschen verachtenden Ideologie bereits mehr als genug Schaden über unser Land und seine Bürger gebracht. Es wird Zeit, dass wir diesen widerlichen Umtrieben ein Ende bereiten."

Der Bundesrat befasst sich an diesem Freitag mit dem NPD-Verbotsantrag. "Wenn die NPD in einem Parlament vertreten ist, nutzt sie ihre Abgeordnetenmandate schamlos als Schutzmantel, um nationalistische Propaganda zu verbreiten", warnte der CDU-Politiker. Tillich verwies insbesondere auf die Erfahrungen mit der in Sachsen im Landtag vertretenen NPD. "Wie sollen die Lehrer den Kindern und Jugendlichen in den Schulen unser demokratisches Denken vermitteln, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft die NPD ihre rassistische und antisemitische Ideologie verbreiten darf?" Zudem verwies er auf die regelmäßigen Versuche der NPD, den Jahrestag der Bombardierung Dresdens für ihre "offen rassistischen und verfassungsfeindlichen Ziele zu missbrauchen". Er wolle als Ministerpräsident "nicht mehr erklären müssen, warum Verbote von NPD-Demonstrationen auf Grund des Parteienprivilegs vor Gericht kaum eine Chance haben und warum Polizisten diese Demonstrationen von erklärten Verfassungsfeinden schützen müssen." Der Ministerpräsident kritisierte auch die Kritiker eines NPD-Verbots. "Jeder neue Schritt braucht Mut." Die Bundesländer hätten diesen Mut. "Wir gehen ein Risiko ein. Aber dieses Risiko müssen wir in Kauf nehmen." Schlimmer als ein eventuelles Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht wäre, diesen Schritt gar nicht erst zu gehen. "Die Kritiker eines Verbotsantrags meinen, die NPD sei politisch bedeutungslos geworden. Dabei verkennen sie, dass insbesondere das Parteienprivileg wirksame Maßnahmen gegen die Volksverhetzung und menschenverachtende Ideologie nahezu unmöglich macht." Es sei klar und eindeutig, dass das Tun der NPD darauf aktiv-kämpferisch darauf abziele, die freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu beseitigen. Die NPD knüpfe "nahtlos an nationalsozialistisches Gedankengut an".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-4128/tillich-ruft-zu-mut-und-risikobereitschaft-bei-neuerlichem-npd-verbotsantrag-auf.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619